Explizit.Net Beitrag 19. August 2013
Aktualisiert Webversion 10-2013

Ägyptische Blutwoche

Viele im Westen wähnen Islamisten als Opfer im Terrorkrieg

Das ist ein Krieg gegen islamistische Terroristen, sagen Anhänger der Coupvolte. Nein, erwidern *Muslimbrüder*, sie führen Krieg gegen den „Staatsterror". Beide Seiten bedienen sich der blutigen Gewalt, meinen Dritte, um die Macht zu verteidigen oder zu erringen, wobei Islamisten ihre Chance verspielt und wahre Natur gezeigt haben. Im Horror um den „Islamistentag des Zorns" am Freitag und von 1.000 Toten bis Sonntag entbrennt ein bitterer Kampf.

Der führte in den Kairiner Blutsamstag, 27. Juli, als die Regierung einen *sit-in* räumen ließ. Liberale, Militärs und Nichtislamisten sahen sechs Wochen „friedlicher sit-ins" der Muslimbrüder als Gewaltprovokation, die Regierende im Gesamtinteresse zur tödlichen Räumung antreibt: Islamisten kommen so als Opfer auf. Am Beginn dieser ägyptischen Blutwoche, seit Mittwoch, den 14. August, lauteten Plakate „Demokratie statt Coup". Dies endete vorerst Samstag, als die al-Fath-Moschee in Kairo gestürmt wurde: 173 Tote.

Foto: Wiki

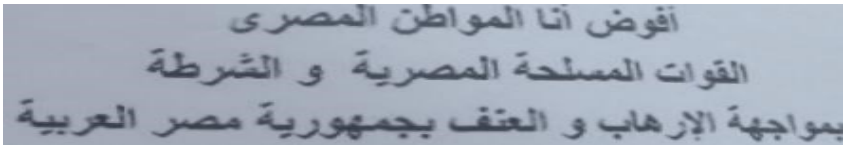
Frohe Ägypter auf dem Befreiungsplatz, die am 3. Juli 2013 in ihrer Coupvolte Präsident Mursi von den Muslimbrüder entmachtet haben

Klar war, die Muslimbrüder würden nicht friedlich beigeben. Aber ihr „Zurück zu Mursi" kam nicht in Frage. Dies wissend, suchte die Interimsregierung vorab, ein „Mandat der Straße" für harte Schläge gegen den „Terror". Das gelang ihr, obzwar der außergerichtliche Weg viele rote Warnleuchten aufblinken läßt. Verteidigungsminister Abd al-Fattah as-Sisi rief mit Führern der Tamarrudrevolte zum Freitagsprotest „gegen den Terror" [der Muslimbrüder] auf. Hunderttausende kamen. Sie gaben as-Sisi das „Mandat der Straße", Terror zu bekämpfen.

Der Appell erging am Mittwoch, 24. Juli, auch als Tweet ans Volk, sich Freitag in den Plätzen zu treffen, Mursis Aburteilung und Hilfe für bewaffnete Kräfte zu fordern, um den Terror zu bekämpfen und das Land, speziell noch die Halbinsel Sinai, zu „säubern".

ندعو جموع الشعب المصرى العظيم للإحتشاد فى ميادين مصر الجمعة القادمة والمطالبة رسميا بمحاكمة محمد مرسي ودعم القوات المسلحة المصرية فى حربها القادمة ضد الإرهاب وتطهير أرض مصر من عملاء الوطن سنحارب الإرهاب شعبا وجيشا.

Oben der Tweet an das Volk und unten ein vorgefertigtes Plakat



„Mandat der Straße", 26. Juli 2013: „Als ägyptischer Bürger bevollmächtige ich die ägyptischen bewaffneten Kräfte und die Polizei den Terror und die Gewalt in der Arabischen Republik Ägypten zu ekämpfen"

Der Krieg spitzt sich um Nichtlegitimität oder Legitimität von Terror zu: ein Ringen um den Schrecken, das entscheidet, ob dieses erpresserischste und hinterhältigste aller Mittel noch erlaubt ist, Sozialideen im Staat zu realisieren. Viele sagen Nein, Islamisten oft aus ihrem Glauben Ja. Der Zwist entbrannte seit 1928, seit dem Muslimbrüder den Islam extrem politisieren.

Islamokratie

Jene, die Terror verneinen, suchen Wege in die Demokratie, die nur dosiert zu bewältigen und in jedem Land gesondert zu finden sind. Die es bejahen, handeln aus ihrer Ideologie heraus, die sie religiös herleiten. Damit schränken sie die Zirkel ihrer Anhänger auf all jene ein, die bereit sind, sich dem Islamismus zu unterwerfen. Je nach Radikalität, haben sie selbst in Islamländern selten Mehrheiten von Muslimen hinter sich. Auch wenn dies so wäre, was geschieht dann mit den *nichtislamischen Minderheiten*, werden etwa Kopten einfach ignoriert, dürfen Extremisten in Ländern mit multiplen Identitäten absolut regieren?

Länder eines ideologischen Unisono gibt es nirgends. Noch nicht, aber Islamisten griffen in der Blutwoche Dutzende Kirchen an, um dies zu erzeugen. Bei Juden gelang es ihnen fast. Abgesehen von Israel, gibt es sie in Islamländern Mittelosts kaum mehr, obwohl sie einst blühende Gemeinden hegten.

Doch müssen sich alle auf möglichst friedliche Wege einigen, auf denen sie Zwiste austragen. Früh suchten Ägypter einen *Rechtsstaat*. Vor dem Kadi seien alle gleich, Regierte und Regierende. Letztere können unblutig abbestellt werden, laufen sie dem Volkswillen zuwider und entpuppen sich als Tyrannen. Rebellieren sei dann nicht nur ein Recht, sondern Pflicht. Nur Andersgläubige würden Dhimmis, Insassen zweiter Klasse bleiben. Bis hier folgen die Islamisten. Der *Kernunterschied*: sie hegen eine in Koran und Sunna vorgestellte Rechtsbasis, ihre Sharia. Zwar hat sie Versionen, doch nicht für Minoritäten: Islamismus samt Sharia zeigen sich als unkompatibel mit Demokratien. Die Geschichte der Muslimbrüder ist eine der Ablehnung von Demokratie - für Gottesstaat samt Sharia. Seit der *Lotusrevolte* Anfang 2011 optierten sie für Wahlen, aber nur als Mittel zur Islamokratie, wie im Iran.

Exklusivität
Seit Mitte 2012 regierte ein Jahr ein Präsident der Muslimbrüder. Nach allen Maßstäben bewies er seine Unfähigkeit. Nicht allein im Regieren, sondern in der weiter gebotenen Bündnisfähigkeit. Beidesmalig versagte er. Jenes Einigen im Rechtsstaat mißriet, als er das islamistische Grundgesetz Ende 2012 durchdrückte. Dabei versuchte er, sich über das Gesetz zu stellen. Er regierte nur für Islamisten, die alles Vor- und Nichtislamische verachten. Einige möchten gar die altägyptischen Kulturdenkmäler verhüllen und Tourismus einstellen.

Der stets nötige Regierungskonsens zerbrach. Andere Ägypter zogen die Notbremse, enthoben ihn seines Amtes - viel demokratischer als er in dieses gelangt war. Denn die Rede seiner „demokratischen" Wahl bleibt höchst zweifelhaft im Licht damaliger Berichte von Wahlbetrug.

Inklusivität
Die am weitesten verbreitete Art von Islamisten am Nil, die Muslimbrüder, verloren ihr Präsidialamt rasch. Muhammad Mursi brauchte ein halbes Jahr. Als er die widrige Verfassung unterschrieb, hatte er seine Rolle verspielt. Wie kam er dazu? Durch hauchdünne Stichwahl - mit Fragezeichen - gegen Mubaraks Altkader. Auch durch Präsident Obamas Kurs, der seit dem Revoltenjahr 2011 für „Inklusivität" auch Islamisten in die Macht einlud und vom „Übergang zur Demokratie" sprach. Als ob es dort keine Antagonisten gäbe.

Westdeutsche mögen sich vorstellen, Amerikaner hätten sie 1945 ersucht, für *Inklusivität* Nazis in die Regierung zu bringen; oder Osteuropäer nach Revolten 1989 die verjagten Unterdrücker oder Ostdeutsche 1990 Erich Honeckers Leute, die sie nur rebellierend los wurden.

Bestanden Außenmächte auf „sofortiger Versöhnung"? *Inklusivität* ist kein Recht, sondern nur durch Konsens zu erkämpfen. Islamisten lehnen dies ab: Gott gab ihnen die Mission, die sie auch durch Terror sichern. So enden alle Debatten. Daher meinte Premier Hazim al-Bablawi laut New York Times vom 18., Gespräche mit Islamisten seien zwecklos: „You can't negotiate with these people. They've got to get out of the streets and respect the rule of law."

Westen
Obama sieht nicht Ägyptens Geschichte. Als Nachkriegskind der deutsch-osmanischen Jihadisierung des Islam im Ersten Weltkrieg, blieben Muslimbrüder lokale Extremisten: Regierungen wären „unislamisch". Auf dem Weg zum „Gottesstaat" terrorisierten und töteten sie 85 Jahre lang Richter, Premiers, Präsidenten und Denker. Daher verboten sie alle Regimes wiederholt.

Obwohl sie Chancen erhielten, sich an Wahlen zu beteiligen, terrorisierten sie Andersdenkende mit Worten und Waffen. In der Globalära seit den 90er Jahren ermordeten sie Politiker und Touristen. Ägypter kennen „ihre" Islamisten genau. Diese Extremen vom Rande überwältigten durch Mursi die Volksmitte. Ihr Kurs, sich durch Terror als „Helden der Demokratie" zu zeigen, geht nun im Westen auf. Ihre Ideologie erzeugt Märtyrer, für andere Terroristen, und erlaubt auch bei den provokanten „*sit-in*-Blockaden", Frauen und Kinder einzusetzen.

Diesmal verkehrte Präsident Obama seine Rede der Inklusivität *gegen* Mursi in der Ansprache vom 15. August. Er sagte auch: "While Mohammed Mursi was elected president in a democratic election, his government was *not inclusive* and *did not respect the views of all Egyptians*. We know that many Egyptians, millions of Egyptians, perhaps even a majority of Egyptians were calling for a change in course. And while we do not believe that force is the way to resolve political differences, after the military's intervention several weeks ago, there remained a chance for reconciliation and an opportunity to pursue a democratic path." Neue Töne, die der *Umbewertung* durch Außenminister John Kerry vom 1. August näher kommen: Das Militär sicherte nun die „Rückkehr zur Demokratie".

Verkennt Präsident Obama die gewaltsame Art der Islamisten, auf die nicht *nur* friedlich reagiert werden kann? "Instead, we've seen a more dangerous path taken, through arbitrary arrests, a *broad crackdown* on Mr. Mursi's associations and supporters and now, tragically, violence that's taken the lives of hundreds of people and wounded thousands more. The United States strongly condemns the steps that have been taken by Egypt's interim government and security forces. We deplore violence against civilians. We support universal rights essential to human dignity, including the right to *peaceful* protest. We oppose the pursuit of martial law, which denies those rights to citizens under the principle that security trumps individual freedom or that might makes right." Lief der *Bürgerkrieg* in Amerika etwa glatt?

Die Vertreterin der Europäischen Union für Außenpolitik, Catherine M. Ashton, machte für die Toten und Verletzten seit Mittwoch, den 14. August, die *Interimsregierung* und Ägyptens politische Führung verantwortlich. Nicht Islamisten wie Muslimbrüder. Typische Fehlreaktion.

Einige Islamisten und Westler sagen: Das Militär habe Massaker an Muslimbrüdern realisiert, um deren gewaltsame Reaktionen zu *provozieren* [als wären sie unter Mursi mit wöchentlichen Toten zahm gewesen oder hätten nicht Bewaffnete mit Kalaschnikows benutzt, die auf die Polizei schossen, was Videos zeigen]. Die „provozierte Gewalt" veranlasse das Militär, *Islamisten zu dämoniseren, zu marginalisieren und zu verbieten*. Aber die Muslimbrüder sind nicht die Volksmitte. Wieder an den Rand drängen und verbieten, das hängt auch von ihnen ab.

Antiamerikanismus

Das Weiße Haus stellte sich dreimal an die Seite von Islamisten. Unter Mursi bezahlte es diese weiter, ohne deren gewaltreiche Herrschaft zu hinterfragen. Als das Volk sie aus dem Amt jagte, trat Obama wieder für sie ein und drohte all jenen Hilfsentzug an, die trotz des Terrors und der vielen Toten unter Mursi für eine Coupvolte – ohne Militär geht es nicht am Nil – seit 28. April auf der Straße durch ihre Unterschriften votiert haben. Da nicht nur Obama zu Islamisten hielt und noch zwei US-Senatoren am 6. August an den Nil eilten, um vom „Coup" zu reden und Mursi freizubekommen (sic!), wird ein Rinnsal abermals zum Strom: Antiamerikanismus. Stimmt ein Bericht der New York Times vom 18. August, so fehlt es im Weißen Haus an Klarsicht.

Am 16. August erklärte Interimspräsident Adli Mansur *fünf* Punkte: am Nil richte sich die Terrorkampagne [der Muslimbrüder] gegen Regierung, vitale Einrichtungen, Kirchen, Gerichte, Polizei, Infrastruktur und Privateigentum. Bewaffnete Gruppen der Gewalt ver-

suchen, den *zivilisatorischen Geist Ägyptens* zu töten in Bibliotheken, Museen und Bildung. Zwar seien die Opfer zu bedauern, doch gehe es um sozialen Frieden und die Sicherheit der Bürger. Alle seien vor dem Zuspruch zugunsten bewaffneter Gewaltgruppen gewarnt, die gegen Stabilität und demokratischen Übergang wirken: es gibt einen *Zeitplan* von der Verfassung bis zu den Parlaments- und Präsidialwahlen. Kairo schätze den guten Zuspruch der Welt, bekräftige aber seine völlige Souveränität über sein Schicksal.

Foto: W.G. Schwanitz

Das *Wall Street Journal* beklagte am 9. August 2013 eine verbreitete US-Feindschaft von Mursi-Gegnern auf dem Befreiungsplatz; ihr Vorwurf: „Obama finanziert und unterstützt Terrorismus“

Antiamerikanismus wäre am Nil nicht neu. Er blühte in der sozialistischen Ära Abd an-Nasirs auf. Im Kalten Krieg drehte ihn sein Nachfolger Anwar as-Sadat zurück. Er lingerte unter Islamisten fort, zumal sie „Amerika als Stütze Israels“ wähnten. Im Vergleich damit, ist der antiamerikanische Strom heute sehr persönlich gegen Präsident Obama, seine Botschafterin Anne W. Patterson und jene bereits erwähnten beiden Senatoren John McCain und Lindsey Graham gerichtet.

Sie wirkten am Nil so, daß es viele als *Hilfe für Muslimbrüder* sehen. Also diesmal zielt diese Antiströmung auf solche Vertreter der Regierung ab und kommt von allen Seiten: *Muslimbrüder* fühlen sich verraten wie auch die *Interimsregierung.* Dort das Militär und Intellektuelle. Erstere wegen der Absage von Jets und Manövern. Letztere finden in Islamisten den *Ungeist der 9/11-Attentäter.* Sie empört, warum Obama dies verkannte und die falsche Partei ergriff. Für Liberale ist es fraglich, sofern er sich „neutral“ geben will.

Manche im Westen fragen, wie könne Kairo so dumm sein, mit Gewalt gegen die Muslimbrüder vorzugehen? Es gäbe polizeiliche Zerstreuungstaktik. Ja, erwiderte ein Ägypter, was jedoch, wenn es bewaffnete Gegner sind, die *Märtyrer* werden wollen? Welches Kraut ist gegen jene gewachsen, die den Tod suchen? Seit Mittwoch sind über 1.000 Islamisten interniert worden, unter ihnen Muhammad az-Zawahiri, Bruder des al-Qaidachefs Aiman az-Zawahiri.

Im Westen mag man *Geschichte* bedenken, wie „ungeplant“ blutig und voller Wenden sie ablief, anstatt nahferne Völker zu belehren, deren Historie anders sein muß. Sie „wiederholt“ sich auf Afrikas Boden nicht, sondern stellt sich in allen Zeiten und Orten anders dar.

Da die Obama-Administration rapide an *Sympathien* verliert, muß sie aufpassen: 1955 beging das Weiße Haus gegenüber Ägypten auch Fehler und schlug es aus, den Aswanhochdamm zu finanzieren. Kairo wandte sich dann an Moskau. Ein *linksradikales Lager* erwuchs, im Kern sieben Staaten plus PLO, und schürte in der Region Jahrzehnte Terror. Zwar wenden sich Ägypter wohl kaum Rußland zu, jedoch gibt es Rivalen. Bejing wartet.

Andererseits trafen Obamas Worte zu: "America cannot determine the future of Egypt. That's a task for the Egyptian people. *We don't take sides* with any particular party or political figure. I know it's tempting inside of Egypt to blame the United States or the West or some other outside actor for what's gone wrong. We've been blamed by supporters of Mursi; we've been blamed by the other side as if we are supporters of Mursi. That kind of approach will do nothing to help Egyptians achieve the future that they deserve.

We want Egypt to succeed. We want a peaceful, democratic, prosperous Egypt. That's our interest. But to achieve that, the Egyptians are going to have to do the work. We recognize that change takes time and that a process like this is never guaranteed. There are examples in recent history of countries that are *transitioned out of a military government towards a democratic government*."

As-Sisi

Interimsregierung und Militär um Abd al-Fattah as-Sisi stürmen ins *Unbekannte*. Ihnen folgt eine Bevölkerungshälfte. Noch kann dieser Ansatz schief gehen. Abgesehen von inneren Weichenstellungen auch, wenn im Westen weiter *Konfusion* herrscht, welche Seiten diejenigen sind, die echt nach einem modernen, freiheitlichen und global kompatiblen *Rechtsstaat* in ägyptischen Farben streben, um auch den Jugendlichen noch Perspektiven zu bieten.

Am Montag, den 19. August, können sich Europas Außenminister und deren Vertreter

*gegen *Islamisten* und ihre Terrorvereine stellen, die in einem Regierungsjahr ihre Chancen verspielt haben und alle durch ihren höchst unflexiblen und unrealistischen Kurs der Forderung nach einer Rückkehr Muhammad Mursis ins Präsidialamt sowie durch die gewaltvollen Straßenblockaden provozieren, indes der Nilstaat in Chaos und Ruin abgleitet;

*Ägypten die Option einer langfristigen *Assoziation* anbieten, zumal ein Wirtschaftsruin vor allem Europäer treffen, diese gleichwohl durch neue Flüchtlingsströme und weitere Islamisten tiefer hineinreißen würde;

*eine *Agenda* gegen Europas Islamisten entfalten, mithin allen Liberalmuslimen, Minderheiten und säkularen wie liberalen Kräften nicht nur in Ägypten beistehen.

Mutig taten Ägypter etwas, was vielen Europäern noch bevorsteht: nunmehr ihre eigenen Extremisten samt Terror zu stellen, damit dieses verheerende Mittel der Erpressung endlich in die Geschichte verwiesen werden kann.

Wolfgang G. Schwanitz

Mehr in *Islam in Europa, Revolten in Mittelost*, Neuerscheinung, 10. Juni 2013: Buch in Berlin bestellbar.